Gemeinde Südharz

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: 21-071/2014 Status: öffentlich Sitzungsdatum: 01.10.2014 Veröffentlichung: ☐ ja ☐ nein
Beschlussfassung über die Überprüfung auf inoffizielle Mitarbeit bei der Staatssicherheit der ehem. DDR	
Hauptamt	
Beratungsfolge	Gemeinderat Südharz

Einbringer: Bürgermeister

Gesetzliche Grundlagen: Stasiunterlagengesetz §§ 20 und 21

Beschlusstext:

Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt die Überprüfung aller Gemeinderäte auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR mit ihrer Kenntnis.

Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz überträgt dem Hauptausschuss die Aufgabe, die vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR eingehende Post zu öffnen, zu sichten und bei Bedarf den Gemeinderat zu informieren.

Begründung:

Die Mandatsträger bekleiden herausragende, verantwortungsvolle Positionen, weshalb von ihnen in hohem Maße Integrität und Vertrauenswürdigkeit erwartet wird.

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) regelt in den §§ 20, 21 das Recht kommunaler Vertretungskörperschaften auf Auskunft durch den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU). Der Gesetzgeber hat die Möglichkeit derartiger Überprüfungen bis 2019 vorgesehen. Die Überprüfung ist eine kommunalpolitische Entscheidung der jeweiligen Vertretungskörperschaft. Die Vertretungskörperschaft hat zwei grundsätzliche Alternativen: Entweder wird die Überprüfung aller Mandatsträger beschlossen oder nur derjenigen, die ihre Einwilligung dazu geben. Diejenigen Mitglieder der Vertretungskörperschaft, die ihre Zustimmung verweigern, sollten darauf hingewiesen werden, dass ihre Überprüfung bei einer entsprechenden Entscheidung der Vertretungskörperschaft auch ohne ihre Zustimmung stattfindet.

Gemeinde Südharz

Produktkonto		Ansatz lt. HH	Noch verfügbar

Ertrag		Aufwand	
--------	--	---------	--

Investition/ Produktkonto		Ansatz lt. HH	Noch verfügbar

Einzahlungen		Auszahlungen	
--------------	--	--------------	--

Bemerkungen zur Wirtschaftlichkeit / Erträge / Aufwendungen in den Folgejahren

.....

.....

.....

Bemerkungen der Finanzverwaltung	
----------------------------------	-------

.....

.....

.....

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des
 Bürgermeisters: 21
 davon anwesend:

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Vorsitzender des Gemeinderates